

Stahlindustrie in der Krise: Chance für Dekarbonisierung und Vergesellschaftung

Die Stahlkrise ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Krise

Die Stahlindustrie steckt in einer Krise. Arbeitsplätze und Wertschöpfung sind in Gefahr, weil die notwendigen Zukunftsinvestitionen nicht getätigt werden.

In der Industrie sind in den letzten Jahren 300 000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Das Schließen einzelner Werke und der Stellenabbau haben bereits zu Einkommensverlusten geführt. Zehntausende Familien kämpfen mit enormer Verunsicherung und Sorgen. Gründe für die Krise sind mangelnde inländische Nachfrage, hohe Energiekosten, geoökonomische Spannungen, Trumps Zollpolitik, eine weltweite Überproduktion von Stahl, Managementfehler, Verschleppen notwendiger Umstellung der Werke auf kohlenstoffarme Verfahren mit Direktreduktionsanlagen (DRI), Elektrolichtbogenöfen und Schrottreycling. Der Stahlgipfel der Bundesregierung hat im November 2025 zwar positive Signale gesendet mit dem Versprechen, sich zügig um einen Industriestrompreis, Handelsschutz, den Erhalt lokaler Wertschöpfungsketten, die Stabilisierung der Industrie und grünen Stahl als Exportschlager zu kümmern. Die Ankündigungen werden aber weder mit konkreten Maßnahmen noch von ausreichenden und dringend benötigten Finanzierungen flankiert. Die angekündigten Maßnahmen drohen bloße Lippenbekenntnisse zu bleiben.

Die Belegschaften, die IG Metall und der DGB setzen sich ein für ihre Rechte auf eine zukunftssichere Beschäftigung, für Mitbestimmung, Arbeitsplatzsicherheit und den Erhalt der Standorte. Die Krise hat sich nicht zugespitzt, weil die Beschäftigten faul sind oder es so viel Bürokratie gibt, sondern weil die Politik und

das Management falsche Entscheidungen getroffen haben. Die IG Metall und die Beschäftigten wissen, dass es nur den einen Planeten gibt. Der CO₂-Ausstoß sowie der Ressourcendurchsatz müssen massiv verringert werden, um innerhalb der planetaren Grenzen zu bleiben. Die Linke hat sich in der Vergangenheit mit Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft für Industriearbeitsplätze und die sozial-ökologische Transformation mobilisiert – und wir werden das auch in Zukunft tun.

Die Linke kämpft konsequent sowohl für den Erhalt von Arbeitsplätzen in den Grundstoffindustrien wie der Stahlindustrie ein als auch für die Schaffung von Arbeitsplätzen in neuen aufstrebenden Branchen, gerade auch an den Standorten der Stahlindustrie, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Damit gute Arbeitsplätze langfristig gesichert werden können, müssen wir auch für die Stahlindustrie den sozial-ökologischen Umbau vorantreiben.

Standorte und Arbeitsplätze sind zu erhalten

Die Stahlindustrie ist wichtig: als Garant für Arbeitsplätze und Wohlstand in den betroffenen Regionen und zur Stärkung der wirtschaftlichen Resilienz der deutschen wie auch der europäischen Gesamtwirtschaft.

Die Stahlindustrie ist systemrelevant. Deutschland kann mit Grünem Stahl „made in Germany“ and „made in Europe“ Vorreiter sein. Die Kündigung bestehender Lieferverträge bei den Hüttenwerken Krupp Mannesmann (HKM) in Duisburg und der Ausstieg aus der Dekarbonisierung bei ArcelorMittal in Bremen und Eisenhüttenstadt sind beispiellose Kampfansagen des Vorstands von ThyssenKrupp Steel und ArcelorMittal an die Beschäftigten und die Regionen. Der Konzernumbau bei ThyssenKrupp hat dazu geführt, dass immer mehr Mitbestimmung wegfällt. Dieser anti-gewerkschaftlichen Politik des Managements muss die Bundesregierung einen Riegel vorschieben. Gerade in Zeiten wirtschaftlichen Umbaus und in einer Rezession braucht die Wirtschaft die starke Stimme der organisierten Belegschaften. Nachdem ThyssenKrupp Steel Milliarden an öffentlichen Fördergeldern erhalten hat, will sich das Konzernmanagement nun aus der Verantwortung stellen. Die Stahlbosse müssen die Kündigungen der Lieferverträge und den Ausstieg aus ihren Projekten der Dekarbonisierung rückgängig machen. Alle Kolleginnen und Kollegen in der Stahlindustrie, sei es bei den großen Herstellern oder den Zulieferern, brauchen eine Jobgarantie, eine Einkommensgarantie und eine Weiterbildungsgarantie.

Die Stahlindustrie ist eine Schlüsselindustrie und bildet einen Beitrag zur gesellschaftlichen „Resilienz“, denn Stahl wird für viele weiterverarbeitende Prozesse benötigt. Es geht eben nicht um die Bewahrung einer alten, auf fossilen Energieträgern aufgebauten Industrie, sondern um die Fähigkeit, die Herausforderungen der Zukunft technologisch bewältigen zu können. Ohne Stahl können weder Windräder noch Züge, Waschmaschinen oder Häuser gebaut werden. Die Entscheidung, nur auf den angeblich freien Wettbewerb zu setzen und dem Ende der heimischen Stahlindustrie tatenlos zuzusehen, scheint auf den ersten

Blick billiger zu sein. Unter den Tisch fallen bei dieser Rechnung jedoch die langfristigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kosten durch Import-Abhängigkeit, Verlust an Knowhow, steigende Preise für Vorprodukte nachgelagerter Industrie sowie immense Folgekosten für unsere Regionen, u.a. durch den Abbau von 80 000 Arbeitsplätzen. Ein Stahlschock könnte laut einer aktuellen Studie von Wirtschaftswissenschaftlern 50 Milliarden Euro kosten.¹ Deutschland benötigt also auch in Zukunft eine starke eigene Stahlproduktion.

Unsere Forderungen für eine zukunftsfähige Stahlindustrie

Die Linke möchte eine starke Industrie mit gut bezahlten bzw. tarifgebundenen Arbeitsplätzen und hoher Wertschöpfung. Dafür ist Stahl ein wesentlicher Baustein. Aber der Stahlindustrie geht es schlecht – auch aufgrund der Planlosigkeit der Bundesregierung. Die zentralen Forderungen der Linken sind 1.) eine strategische, planvolle, gestaltende, grüne Industriepolitik (mit dem genannten Maßnahmenkatalog) und 2.) eine Vergesellschaftung.

Wir fordern daher:

1. Eine strategische Industriepolitik muss Rahmenbedingungen setzen und Zukunftsinvestitionen fördern

Der Staat sollte bei den hohen Anfangsinvestitionskosten für Direktreduktionsanlagen (DRI), Elektrolichtbogenöfen und die Produktion grünen Wasserstoffs gezielt unterstützen. Dabei sind stets die Stärkung der Mitbestimmung und die Standortgarantie zu gewährleisten. Hohe Energiepreise belasten dauerhaft die laufenden Betriebskosten, insbesondere die der energieintensiven Stahlindustrie. Der geplante Industriestrompreis gilt nur für die kommenden drei Jahre und bedeutet damit keine Sicherheit für langfristige Investitionen. Die Energiekosten wie auch die Investitionskosten müssen dauerhaft gesenkt werden. Eine Strompreisbremse für alle ist notwendig. Es bedarf eines Industriestrompreises speziell für energieintensive Unternehmen, sobald sich das Unternehmen zu einer Umstellung der Produktion auf klimafreundliche Verfahren und Maßnahmen zur Energieeffizienz verpflichtet. Der Wasserstoffhochlauf stockt vor allem wegen mangelnder Sicherheit des zukünftigen Absatzes. Investitionen in die wasserstoffbasierte Stahlproduktion wiederum stocken, weil unklar ist, wie viel günstiger Wasserstoff in Zukunft zur Verfügung stehen wird. Das Henne-Ei-Problem ist also weiterhin nicht gelöst, und der Markt versagt beim Wasserstoffhochlauf. Hier muss der Bund einspringen: nötig ist ein Wasserstoffpreisbremse. Wie

¹ Studie der Hans-Böckler-Stiftung: Patrick Kaczmarczyk, Tom Krebs: Grüner Stahl als zentraler Pfeiler einer resilienten Wirtschaft, November 2025: <https://www.boeckler.de/de/pressemitteilungen-2675-stahlschock-koennte-jaehrlich-50-milliarden-euro-wertschoepfung-kosten-72526.htm>

beim Industriestrompreis wird eine Obergrenze des Nettopreises für den künftigen Wasserstoffpreis festgelegt, welcher je nach Anwendungsgebiet variiert. Wenn der Marktpreis darüber liegt, wird die Differenz an die betroffenen Unternehmen ausgezahlt. Voraussetzung für die Inanspruchnahme sind inländische Investitionen in wasserstoffbasierte Anlagen, Tarifbindung und Mitbestimmung. Die Förderung gilt nur für 80 Prozent des Wasserstoffverbrauchs der inländischen Produktion, und muss mindestens bis 2035 gelten. Nur eine massive Förderung der Elektrolyseur-Kapazitäten kann ermöglichen, dass überschüssiger Strom aus Erneuerbaren Energien in Wasserstoff umgewandelt wird. Wir brauchen eine öffentliche Wasserstoffinfrastrukturgesellschaft, die die Fernleitungs- und Kernnetze besser managt als einzelne private Anbieter dies können. Die Linke setzt sich dafür ein, dass die Bundesregierung die Deutsche Bahn, die deutschen Windenergieunternehmen und die Automobilindustrie verpflichtet, Grünen Stahl aus europäischer Produktion zu kaufen und einzusetzen. Dies bedeutet nicht, gedankenlos Geld auszugeben, wie bei der Aufrüstung gerade der Fall ist, sondern gezielt die Nachfrage anzuregen mit Grünen Leitmärkten, „Buy European“ oder „Local-Content“-Vorgaben.² Gleichzeitig sind Handelsschutzinstrumente wie Importzölle, -quoten und CO₂-Importsteuern nötig, um in einem angemessenen Rahmen europäische Wertschöpfung beim Stahl zu erhalten.

2. Staatliche Beteiligung und Vergesellschaftung: Wo öffentliches Geld fließt, muss auch Einfluss der Öffentlichkeit entstehen

Beim Vergleich der recht unterschiedlichen Situationen der einzelnen Stahlwerke fällt auf, dass die rein profitorientierten Stahlunternehmen Thyssenkrupp Steel, ArcelorMittal, auch HKM, wesentlich weniger in Dekarbonisierung investieren als Stahlunternehmen in anderen Eigentumsformen, wie z.B. Stiftungen.

Die Salzgitter AG, bei der das Land Niedersachsen größter Anteilseigner ist, und Saarstahl, die eine private Stiftung mit lokaler Wertschöpfung ist, zeigen, dass die Frage der Eigentümerstruktur von entscheidender Bedeutung ist. Die Linke fordert: Wenn der Staat Fördergelder oder Subventionen vergibt, muss dieses Geld strengen Auflagen unterliegen. Wir verlangen die Stärkung der Mitbestimmung und Verpflichtung der Unternehmen, die Wertschöpfung vor Ort zu stärken sowie verbindliche sozial-ökologische Transformationspfade für geförderte Unternehmen. Wir argumentieren, dass es sehr gute Gründe dafür gibt, öffentliche Unterstützung in Eigenkapital zu verwandeln. Eine Beteiligung des Staates würde nicht nur das Eigenkapital stärken, sondern auch durch das stabilere Eigeninteresse von Bund oder Land zur längerfristigen Absicherung beitragen. Damit wiederum würden private Investitionen erleichtert. So kann gewährleistet werden, dass sowohl der Standort gesichert wird als auch die Einnahmen an den Staat oder in die Region zurückfließen, wie dies im Saarland und in Niedersachsen der Fall ist.

² Leitmärkte für eine resiliente und klimaneutrale Stahlindustrie. Mit dem „Low Emission Steel Standard“ zum zukunftsfähigen Stahl? Von Tilman von Berlepsch, 2024: <https://www.germanwatch.org/de/91328>

Italien, die USA und Großbritannien haben 2025 ihre Stahlwerke verstaatlicht. Das befürwortet die Linke auch in Deutschland. Eine falsche Wirtschaftspolitik hat in Deutschland bereits die Photovoltaik - und die Windenergie-Branchen ruiniert.³ Bei Stahl besteht noch eine Chance, dass Deutschland in einer relevanten klimaneutralen Technologie führend wird. Die Linke will die Vergesellschaftung von Stahlwerken nicht als Rettungsverstaatlichung durchführen, wie bei Lufthansa, der Commerzbank, Uniper und vielen anderen Fällen, bei denen Verluste verstaatlicht und Einnahmen im Anschluss an die Rettung durch den Staat dann wieder privatisiert wurden. Durch derartige Eingriffe werden im Sinne allgemeiner wirtschaftlicher Ziele Arbeitsplätze gerettet. Zudem werden gesellschaftlich wichtige Produktionskapazitäten erhalten und durch Investitionen in Dekarbonisierung zukunftsfähige Produktionskapazitäten geschaffen werden.

Die Linke fordert einen branchenweiten industriepolitischen Ansatz für die deutsche Stahlindustrie. Andernfalls stirbt ein Werk nach dem anderen, und die Solidarität zwischen den Stahlarbeiterinnen und Stahlarbeitern wird gebrochen. Entscheidend ist eine Koordination der fünf Hauptstandorte der Stahlindustrie (Duisburg, Saarland, Bremen, Salzgitter, Eisenhüttenstadt). Die Standorte sollten nicht allein um ihr Überleben kämpfen, stattdessen ist ein solidarischer und gemeinsamer Ansatz entscheidend.

Die Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum hat in Artikel 15 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Denkbar wäre eine „Dachgesellschaft für die Stahlindustrie“, zunächst zur Absicherung von Investitionen. Im Anschluss könnte eine „nationale Stahlholding“ gegründet werden, in die alle großen Werke eingebunden werden. Darauf aufbauend kann eine Anstalt öffentlichen Rechts etabliert werden, mit einem starken Ausbau der Mitbestimmung. Für die nächsten 20 Jahre entstehen geschätzte Kosten von 30 Milliarden Euro, um allein die nötigen Ersatzinvestitionen zu finanzieren, mit der die Produktionskapazitäten erhalten werden können.⁴ Es ist vollkommen ungewiss, ob die börsennotierten Konzerne diese Investitionen leisten wollen und können. Die deutsche Stahlindustrie ist reif für Vergesellschaftung.

3. Zivil-militärische Kooperationen retten die Stahlindustrie nicht

Die Bundesregierung nutzt die Ausnahme von der Schuldenbremse für die Aufrüstung, um die Rüstungsindustrie zu einem bedeutenden Pfeiler für industrielle Wertschöpfung und Wachstum umzubauen. Dies ist jedoch ein Trugschluss.

³ „In Deutschland wurde der Solarausbau ab 2013 durch Gesetzesänderungen stark abgebremst. Von 110.000 Arbeitsplätzen in der Solarindustrie gingen über 70.000 verloren. Bei der Windenergie bewirkte eine Gesetzesänderung ab 2017 einen starken Einbruch. Von 160.000 Beschäftigten verloren seitdem über 48.000 ihre Jobs; laut Bundesverband Windenergie droht 2020 der Verlust von weiteren 25.000 Jobs.“ (<https://www.dw.com/de/was-behindert-energiewende-in-deutschland-fridays-for-future-kohle-windkraft-photovoltaik-cdu/a-52328687>)

⁴ Neben den oben erwähnten Landes- oder Bundesbeteiligungen ist auch das Stiftungsmodell zukunftsweisend. Die Debatte über konkrete Formen der Vergesellschaftung steht erst am Anfang, aber wir wollen sie mit diesem Positionspapier untermauern und als Grundlage für weitere Projekte der Fraktion vorstellen. (Siehe auch <https://communia.de/gastbeitrag-stahl-vergesellschaften/>)

Denn die Rüstungsmilliarden werden die Wirtschaft nicht stärken. Es ist allgemein anerkannt, dass Rüstung kaum einen Mehrwert für die Gesamtwirtschaft besitzt. Klar ist also: Der einzige Sektor, der von der Schuldenbremse ausgenommen ist, ist die Rüstungsindustrie, und sie wird keinen gesamtwirtschaftlichen Nutzen erbringen. Die Schulden, die die Bundesregierung für die Rüstung ausnimmt, werden also keine Rendite abwerfen. Dagegen werden Kürzungen in anderen Bereichen, wie Gesundheit, Bildung und Soziales die Folge sein, und sie müssen durch die Steuerzahler*innen bezahlt werden. Wir lehnen den Umbau der zivilen Industrieproduktion für die Rüstungsindustrie ab. Überlegungen, nach denen Rheinmetall künftig bei Volkswagen in Osnabrück Waffen herstellen soll, erteilen wir eine Absage. Die Linke ist gegen Aufrüstung und tritt für Frieden ein. Statt militärischer Aufrüstung und der Lieferung von immer mehr Waffen an die Ukraine im Angriffskrieg Russlands sind verstärkt diplomatische Initiativen notwendig. Die Militarisierung der Industrie ist keine Rettung, sondern sie entzieht der Volkswirtschaft in anderen Bereichen - Bildung, Gesundheit und Soziales - Geld, das dort besser investiert wäre.

4. Die Aktionäre müssen zahlen!

Laut aktuellem Stand vom Dezember 2025 hat ArcelorMittal die Dividende seit vier Jahren kontinuierlich gesteigert, und zwar innerhalb der letzten zehn Jahre um jährlich 3,15 Prozent. Des Weiteren rechnen die Analysten für das laufende Geschäftsjahr mit einer Dividendensteigerung von 4,35 Prozent. Die Thyssenkrupp AG hat rund 250.000 Aktionäre.

74 Prozent des Grundkapitals der Thyssenkrupp AG werden von institutionellen Anlegern und Anlegern mit größeren Aktienbeständen gehalten. Privatanleger halten 26 Prozent des Grundkapitals. Die Aktionäre der Thyssenkrupp AG verteilen sich auf rund 90 Länder weltweit. Trotz zwischenzeitlicher Rückgänge hat die ThyssenKrupp AG um +146,98 Prozent gewonnen. Dieses Geld fehlt für den Umbau der Unternehmen. Finanzielle Einschnitte müssen am Kopf der Konzerne ansetzen: bei der Krupp-Stiftung und den Eigentümern von ArcelorMittal, dem Vorstand und Management, die Spitzengehälter beziehen. Zuerst muss auf die Dividende, die Spitzengehälter und die milliardenschweren Rücklagen zurückgegriffen werden. Bis die Unternehmen stabilisiert sind, dürfen keine Boni fließen.